

Herrn Oberbürgermeister  
Thomas Eiskirch

12.05.2021

## **Antrag zur Sitzung des Rates am 27.05.2021**

**hier: „Perspektiven für den Haushalt 2022 und weitere Folgejahre“**

### Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, folgende Aspekte für die Aufnahme in den Entwurf des Haushaltes 2022 zu prüfen.

- Im Bereich der offenen Ganztagsbetreuung ist die Nachfrage bereits erkennbar weiter steigend, gleichzeitig muss der pädagogische Ansatz sichergestellt und weiterentwickelt werden. Insbesondere in einer Phase nach Corona ist hier eine noch deutliche Nachfrage absehbar. In einem noch stringenteren Prozess sollten Planungs- und Investitionsmittel auch für einen qualitativen Ausbau des OGS-Angebotes im Haushalt bereitgestellt werden, um dies so zeitnah wie möglich zu erreichen.
- Neben der digitalen Ausstattung der Schulen muss auch die „analoge“ Ausstattung der Klassenräume und Aufenthaltsbereiche weiter vorangetrieben werden. Dazu ist die Ausstattung der Schulen mit Vorhängen, Mobiliar und Lehrmitteln weiter zu verbessern und neuesten Erkenntnissen, auch aus der Coronapandemie, anzupassen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Verbesserung der Sanitäräumlichkeiten, z.B. auch die Bereitstellung kostenloser Hygieneartikel für Mädchen und Frauen, und die erneute Bereitstellung eines „Feuerwehrtopfes“ für Kleinstreparaturen.
- Im Bereich der Bildungspolitik hat die Coronapandemie bereits jetzt zu deutlich erkennbaren Bildungsnachteilen für viele Kinder und Jugendliche geführt. Durch ein kommunales „Nachhilfe- und Auffrischungsprogramm“, z.B. durch die Volkshochschule, sollen hier Angebote für gezielte schulische Hilfen angeboten werden. Auch Eigenanteile für entsprechende Programme Dritter sollten bereitgestellt werden.

- Sozialarbeit flankiert vielfach Lebenswege von Kindern und Jugendlichen. Die bisherigen Erfahrungen sind positiv und wirkungsvoll. Der letzte Sozialbericht gibt dennoch Hinweise, wo präventiv weiter in diese Richtung gearbeitet werden sollte. Der Haushalt sollte hierfür zusätzliche Haushaltsmittel, auch in Verbindung mit dem Kinder- und Jugendförderplan, bereitstellen, da durch die Coronapandemie weitere Defizite bei Kindern und Jugendlichen zu erwarten sind.
- Erneut sollte sich die Stadt Bochum um die Ausrichtung des RUHRDAX bemühen, gleichzeitig Planungen für einen Tag des Ehrenamtes im Nachgang zur Coronapandemie prüfen. Der Haushalt sollte hierfür entsprechende Mittel bereitstellen.
- Als Fair Trade Town hat sich Bochum u.a. zu einem fairen und nachhaltigen Beschaffungswesen verpflichtet. Haushaltsmittel für die Neuzertifizierung sollten bereitgestellt werden.
- Sauberkeit und Unterhaltungspflege der kommunalen Infrastruktur sind die Visitenkarte der Stadt gegenüber ihren Bewohnerinnen und Bewohnern, ihren Gästen und allen weiteren Akteuren in der Stadt. Im Rahmen der „StadtRaumPflege“ ist die Aufstellung weiterer Abfallbehälter und deren regelmäßige Leerung vorzusehen.
- Die Bochumer Radwege entwickeln sich immer mehr zur alltäglichen Nutzung. Die Coronapandemie hat auch hier einen deutlichen Trend zu mehr Radverkehr ausgelöst. Damit verbunden ist die notwendige Reinigung und der Winterdienst. Der Haushalt soll hier in den kommenden Jahren die finanziellen Mittel für eine Reinigung sicherstellen.
- Der Haushaltsansatz für den Bau und Ausbau von Radwegen, auch abseits von Straßen, soll im Hinblick auf die Radverkehrsoffensive höher als in den Vorjahren angesetzt werden.
- Weiterhin ist die Pflanzung von Bäumen ein dringendes Erfordernis in Bochum. Die Fortführung des Stadtbaumkonzepts sollte bei der Aufstellung des Haushalts weiter stark berücksichtigt werden.
- Sport und Bewegung haben gerade bei den Jüngsten durch fehlenden Schul-, Vereins- und Individualsport stark gelitten. Für die kommenden drei Jahre sollen allen Erstklässlern Sportgutscheine für eine kostenfreie 1-Jahres-Mitgliedschaft in Bochumer Sportvereinen angeboten werden. Der Haushalt sollte hierfür Gelder bereitstellen, die über einen Zuschusskatalog vergeben werden. Die Zusammenarbeit mit dem Stadtsportbund ist anzustreben.

- Im Sportbereich braucht es zusätzlich eine entsprechende Kampagne, einen Ausbau des Projektes Fit im Park, eine Öffnung und Erweiterung der Angebote auf Schulhöfen, neue Bewegungsangebote in Parks und die Umsetzung des Konzeptes „Schwimm mit!“. Hierfür sind Haushaltsansätze einzuplanen. Geprüft werden soll die Einrichtung eines unterstützenden digitalen Sportkatasters auf dem alle Angebote, auch solche von Vereinen, tagesaktuell dargestellt werden. Die fachwissenschaftliche Begleitung der Bochumer Sportentwicklung im Referat für Sport, Bewegung und Freizeit soll ebenfalls intern verstetigt werden.
- Quartiersarbeit in ISEK-Gebieten, aber auch Quartiersarbeit in den anderen Bochumer Stadtgebieten sind zur Stabilisierung und Vitalisierung der Stadtteile in Bochum erfolgreiche Instrumente. Es ist weiter sicherzustellen, dass auch nach Auslauf der ISEK's / befristeter Quartiersarbeit, in einer Verstetigungsphase kommunale Mittel für die Stadtteilarbeit, zur Verfügung stehen, die diese Prozesse weiter stützen. Hierfür sollten Mittel bereitgestellt werden, die dies insbesondere in auslaufenden ISEK-Gebieten aber auch in anderen Stadtteilen gewährleisten. Die Aspekte der Sozialberichterstattung sollen dabei berücksichtigt werden. Das Sicherheitsaudit Wattenscheid in besonderem Maße berücksichtigt werden.
- Mit dem Wohnbaumodernisierungsprogramm hat die Stadt ein Instrument geschaffen, um die Bestandsoptimierung von Wohngebäuden voranzutreiben. Vor dem Hintergrund der vielen sanierungsbedürftigen Wohnungen in Privatbesitz ist dieses Programm auszubauen und durch qualifizierte Ansprachen an die Eigentümer zu forcieren. Innerhalb des Programms sollen ökologische Sanierungsansätze ebenfalls berücksichtigt werden. Ferner ist anzustreben, die heute existierenden verschiedenen Förderprogramme (Dachbegrünung, Lärmschutz, Entsiegelung etc.) unter einem Programm zu vereinheitlichen.
- Solardächer bilden weiter ein großes Potenzial für eine nachhaltige Energieversorgung. Die Stadt sollte über ein befristetes Förderprogramm, ggf. in Verbindung mit Beteiligungsunternehmen, Anreize im Privatbereich schaffen und die notwendigen Finanzmittel in Haushalt oder einem Fonds bereitstellen. Als Vorbild soll die Stadt auch eigene Dächer mit Solaranlagen ausstatten. Dazu braucht es einen Haushaltsansatz.
- Durch organisatorische Anpassungen soll eine Fachkraft für nachhaltiges Bauen in der Verwaltung implementiert werden, so dass Nachhaltigkeitsstandards für städtische Bauten erarbeitet und verwaltungsweit etabliert werden. Laufende Projekte sollen systematisch auf diese hin überprüft werden.

- Die wohnungsnah Grundversorgung und die Stadt der kurzen Wege sind stadtentwicklungspolitische Ziele. Mobilitätsstationen mit verschiedenen Verkehrsmitteln sind hier sinnvolle Ergänzungen, um weitere Wege oder schwerere Lasten zu transportieren. Der Haushalt sollte für den Ausbau von Mobilitätsstationen finanzielle Mittel bereitstellen. Sofern sich Kooperationspartner finden, können auch entsprechende Start-Zuschüsse für den Ausbau und Betrieb aus dem Haushalt finanziert werden. In diesem Zusammenhang sollten auch Haushaltsmittel für die Umsetzung der vorliegenden Verkehrskonzepte zu einzelnen Stadtteilen bereitgestellt werden.
- Der kommunale Ordnungsdienst gewährleistet, dass sich die Menschen sicher in dieser Stadt fühlen können und Ansprechpartner\*innen vorfinden. Die Einrichtung einer zentral gelegenen Citywache ist daher notwendig und der Haushalt sollte die hierfür erforderlichen Mittel bereitstellen.
- Mit dem Masterplan Einzelhandel verfügt die Stadt über ein Steuerungsinstrument für den Handel. Der Haushalt sollte Mittel für eine Fortschreibung des Masterplans Einzelhandel beinhalten, um neuen Kunden- und Anbieterinteressen zukünftig Rechnung zu tragen (z.B. Verknüpfung von Onlineangeboten und Direktverkauf), ferner Optionen für den Handel nach Beendigung der Coronapandemie aufzeigen.
- Die Coronapandemie hat die Menschen ihre Stadt in veränderter Art und Weise betrachten lassen. Dabei haben Kunst im öffentlichen Raum und kulturelle Darbietungen einen vielfältigen Zuspruch erhalten. Der Haushalt sollte Mittel bereitstellen, die verstärkt auf Kunst im öffentlichen Raum hinweisen bzw. kulturelle Veranstaltungen ermöglichen. Bei diesen Angeboten sollte eine Zusammenarbeit mit der freien Szene angestrebt werden.
- Die Coronapandemie hat die Kulturschaffenden, insbesondere die Freie Szene, in Ausübung ihrer Angebote schwer getroffen. Zum Erhalt und zur Stabilisierung der Einrichtungen soll der Haushalt erneut dazu beitragen, analog der Kulturrettungsschirme I und II, Einnahmeausfälle zu kompensieren. Auch ist die Fortführung des Kulturentwicklungsprozesses sicherzustellen.
- Die Sozial-, Hilfs- und Gesundheitsorganisationen und -verbände haben in der Coronakrise vielfältige Unterstützungsmaßnahmen für hilfebedürftige Menschen auch unter schwierigen Rahmenbedingungen weiter angeboten. Die vielfältigen Auswirkungen auf die Bevölkerung aus der Coronapandemie sind heute noch nicht abschließend beurteilbar. Der Haushalt sollte finanzielle Mittel bereitstellen, die die Arbeit der o.a. Organisationen auch in den kommenden Jahren sicherstellen.

- Die Senior\*innenbüros sollen noch gezielter die älter werdende migrantische Bevölkerung ansprechen. Dies soll bei der organisatorischen Ausrichtung berücksichtigt werden.
- Bochum ist auf dem Weg zur „Smart City“. Dies muss praktisch spürbar werden und die im Konzept enthaltenen Projekte bieten dafür vielfältige Lösungsansätze. Im Bereich digitaler Handel und digitale Verkehrssteuerung sind dabei nachhaltige Verbesserungen für Bochum erreichbar. Der Haushalt sollte für Pilotprojekte in diesen beiden Bereich Gelder bereitstellen.
- Die Bezirksvertretungen arbeiten unmittelbar im Stadtbezirk und nah an den örtlichen Belangen der Bürgerinnen und Bürger. Ziel ist es, den Spielraum der eigenen Entscheidungen der Bezirksvertretungen im Bereich der Stadtbildpflege und bei sonstigen Sanierungsmaßnahmen weiter auszudehnen. Der Haushalt soll hierfür den Gestaltungsspielraum ausbauen.

Das Ergebnis der Prüfungen ist im weiteren Verlauf des Haushaltsplanverfahrens 2022 dem Rat zur Kenntnis zu geben.

Maßnahmen, die für die Bürgerinnen und Bürger finanzielle Mehrbelastungen auslösen (außerhalb der Gebühren- und Entgeltkalkulation) sind zu vermeiden.

#### Begründung:

Die Begründung erfolgt mündlich.

Burkart Jentsch  
Fraktion „Die SPD im Rat“

Barbara Jessel / Sebastian Pewny  
Fraktion „Die Grünen im Rat“